Landes zugute kommt und der auch Deutschland nützt, der aber gerade die von Sowjet-Rußland begehrten Sentiments ganz außer acht läßt, da man sich eben beiderseits inzwischen genügend kennengelernt hat, um alle Phrasen zu sparen.

In dieser Hinsicht sind den augenblicklich schwebenden deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen keine günstigen Perspektiven auf einen dauernden gesunden deutsch-russischen Wirtschaftsaustausch zu stellen. Erwägungen solch allgemeiner Art sind für den Verhandlungsgang maßgebender als der Austausch von Schmieröl, Hanf, Flachs, Getreide und Fellen gegen Stahl und Eisen, Maschinen, Fertigfabrikate und Düngemittel. Es erübrigt sich, wirtschaftliche Spekulationen daran zu knüpfen.

Hindenburg 10 Jahre Generalfeldmarschall.

Am 27. November ist es zehn Jahre her, daß Hindenburg zum Generalfeldmarschall ernannt worden ist. Das ganze deutsche Volk empfand damals die Ernennung des damaligen Generals v. Hindenburg zum Feldmarschall als eine persönliche Angelegenheit, und selten wurde wohl die Ehrung eines Feldherrn so von einem ganzen Volke mitgefeiert, wie der Tag an dem durch die Presse die Nachricht von der Ernennung dieses neuen Marschalls verbreitet wurde. Zuerst bei Ausbruch des Krieges ohne Beschäftigung gelassen, wurde er bei dem Einfall der Russen plötzlich durch Ludendorff davon benachrichtigt, daß er zum Oberbefehlshaber an der Ostfront auserlesen sei. Schon wenige Tage später erfuhr die Welt durch die großen Schläge, welche die Russen erlitten, von der Tatsache, daß ein neuer Mann hier am Werke sei. Kurz darauf wurde er bereits zum Generaloberst ernannt, um nach dem Durchbruch bei Brzezinn die höchste Stufe der militärischen Rangleiter zu erklimmen.

•

München, 26. Nov. Der ehemalige Generalleutnant Freiherr von Reichlin-Meldegg, der ehemalige Festungskommandant von Ingolstadt und Kommandeur einer Landwehrbrigade im Kriege, der schon vor einiger Zeit als Novize in den Franziskaner Orden eingetreten ist, hat nun in der Franziskaner Ordenskirche zu Dietfort als Frater Antonius sein Klostergelübde abgelegt.

Der alte Kurs des neuen Kommandanten der Rheinarmee.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Genf, 27. Nov. Das Pariser „Echo" meldet aus Mainz: Der neue französische Kommandant der Rheinarmee hielt im Rathaus an der Spitze der militärischen und zivilen Behörden seine Begrüßungsansprache. Er sagte, er bringe keine Aenderung des Kurses, er werde wie sein Vorgänger seine Aufgabe darin erblicken, Frankreichs Würde, Ehre und Recht zu verteidigen und die Innehaltung eingegangener Verträge zu überwachen und zu fördern.

Festnahme französischer Deserteure.

(Durch Funkspruch.)

Nürnberg, 27. November. Wie der „Fränkische Kurier" aus Mildenberg in Unterfranken berichtet, wurden in der dortigen Gegend verschiedentlich Deserteure der französischen Besatzungstruppen, namentlich aus der Garnison Speyer, festgenommen. (W. T. B.)

MCZ für die Brückenköpfe Duisburg und Düsseldorf.

(Durch Funkspruch.)

Köln, 27. Nov. Am 30. November wird auf den Eisenbahnen des Ruhrbezirks und der Brückenköpfe Duisburg und Düsseldorf die mitteleuropäische Zeit eingeführt. Im besetzten Gebiet (linke Rheinseite), an den Brückenköpfen Köln, Koblenz, Mainz bleibt die westeuropäische Zeit bestehen. (W. T. B.)

Der Rüstungswettlauf zur See.

Die neuen amerikanischen Konferenzpläne.

(Durch Funkspruch.)

London, 27. November. Nach einer Meldung aus Neuyork schreibt „Neuyork Times" in einem Leitartikel, es bestehe alle Aussicht, daß der Rüstungswettlauf zur See weitergehe, bis eine neue Konferenz zur Einschränkung der Rüstungen zusammentrete. Das Blatt tritt für Einschränkung der Zahl der Hilfsfahrzeuge aller Art ein, die der Zahl der Großkampfschiffe angemessen sein sollte. Aus Tokio wird gemeldet, ein Mitglied des Auswärtigen Amtes habe erklärt, wenn Amerika eine neue Abrüstungskonferenz anberaume, werde Japan Delegierte entsenden. Wenn aber kein großer Wechsel in der öffentlichen Meinung Japans eintrete, würden die Delegierten schwerlich ihre Zustimmung zur Verminderung der Seerüstungen geben können, und zwar im Hinblick auf das Auftreten Amerikas im Stillen Ozean. (W. T. B.)

Serbisch-italienische Grenzstreitigkeiten.

(Durch Funkspruch.)

Ninitschitsch befiehlt die Einstellung der Abgrenzungsarbeiten.

Graz, 27. Nov. Die „Tagespost" meldet aus Belgrad: Ministerpräsident Pasitsch hat heute mit dem kroatischen Abgeordneten Dr. Surmin und Dr. Trinkowitsch über ihren Eintritt in die Regierung verhandelt. Bei der hierauf folgenden Zusammenkunft zwischen Pasitsch und Pribitschewitsch wurden alle Hindernisse, die sich bisher der Rekonstruktion der Regierung in den Weg gestellt hatten, beseitigt. Nach einer weiteren Meldung des Blattes aus Belgrad hat der Minister des Aeußeren, **Dr. Ninitschitsch, der jugoslawischen Kommission zur Bestimmung der jugoslawisch-italienischen Grenze telegraphisch den Auftrag erteilt, die Abgrenzungsarbeiten bei Loitsch vorläufig sofort einzustellen.** Das bisherige Mitglied der jugoslawischen Abgrenzungskommission, Major Markowitsch, der von der früheren Regierung ernannt worden ist, wurde telegraphisch von seinem Amt enthoben. Es wird ihm vorgeworfen, daß er gegenüber italienischen Bestrebungen zu nachgiebig gewesen sei und sich nicht an die Weisungen seiner Regierung gehalten habe. (W. T. B.)

Bukarest, 27. Nov. Der direkte Eisenbahnverkehr für Personenzüge zwischen Rumänien und Deutschland wird am 1. Dezember wieder aufgenommen werden. (W. T. B.)

Die Amerikaner der Führung des „Z. R. III" nicht gewachsen.

Berlin, 27. November. Die Berichte über die Taufe des „Z. R. III" wären nicht vollständig, wenn man nicht hinzufügte, daß sowohl die Landung des Luftschiffes auf dem Flugfelde in Washington, als auch bei der Rückkehr nach Lakehurst nicht ganz programmäßig verlief. In Washington dauerte es über 1½ Stunde, in Lakehurst mehr als 2 Stunden, bis das Schiff ankern konnte. Die Verzögerung wurde besonders peinlich empfunden wegen der Ehrengäste und zahlreichen Zuschauer, vor denen sich nicht verhehlen ließ, daß irgend etwas nicht stimmte und daß **die jetzige amerikanische Leitung nicht imstande war, den Luftriesen so zu bändigen, wie es die deutsche Leitung getan hatte.** In beiden Fällen ging die Landung nur durch Ablassen nicht unbeträchtlicher Mengen des kostspieligen Heliumgases vor sich. Der erste Versuch scheint demnach die Richtigkeit der Feststellung Dr. Eckeners zu erweisen, daß auf die Dauer mit Helium keine praktischen Erfolge zu erzielen seien, wenn wohl die Schwierigkeiten der Landung auch auf die Ungeschicklichkeit der amerikanischen Führung mit zurückzuführen sind.

•

London, 27. Nov. Die britische Handelsschiffahrtsgilde hat einen Brief an den Präsidenten des Handelsamtes gerichtet, worin dagegen Einspruch erhoben wird, daß Staatsangehörige vormals feindlicher Länder auf britischen Schiffen beschäftigt werden. (W. T. B.)

Die Verschärfung des Wahlkampfes.

Macht als tiefste Kraftquelle des Volkes.

Eine Rede Dr. Stresemanns.

Berlin, 26. Nov. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hielt heute in einer Berliner Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei eine Rede, die in der Hauptsache der Verteidigung seiner Politik gewidmet war. Zur Aufwertungsfrage erklärte der Minister, daß die Regierung an die Lösung nicht herangehen konnte, solange die Währung nicht stabil und die auswärtige Anleihe nicht untergebracht war. Nachdem diese Etappen überschritten sind, könne auch die Aufwertungsfrage einer Lösung zugeführt werden. Diesbezügliche Schritte seien im Finanzministerium eingeleitet worden. Es müsse wenigstens ein Teil dessen wiedergutgemacht werden, was zu einem Unrecht geworden sei. Zusammenfassend betonte der Minister, die Dynastie der Ordnung sei wieder eingesetzt worden. Der Minister ging dann zu den Fragen der Außenpolitik über. **Die tiefste Kraftquelle für ein Volk sei die Macht und werde die Macht bleiben. Armut eines Staates sei weniger schlimm als Machtlosigkeit.** Vom Träumen einer Macht, die nicht da sei, könne aber die Außenpolitik nicht leben. Wenn einem Volke nichts weiter bleibe, als weltwirtschaftliche Verständigung, dann müsse man auch bewußt diesen Weg gehen. Das hätten die Deutschnationalen bisher nicht getan. Wenn in London die Ruhrräumung durchgesetzt werden konnte und wenn sich die Weltmeinung zu unseren Gunsten geändert habe, dann sei das ein so großer ideeller Sieg, daß er selbst dann, wenn eine Goldmilliarde für ihn gefordert worden wäre, nicht zu teuer bezahlt worden wäre.

Der Minister wandte sich dann scharf gegen die Angriffe der Linken gegen ihn. Dadurch, daß man anderen Leuten nur um den Hals falle, schaffe man keine Verständigung. Der Egoismus sei immer noch der Motor der der Welt den größten Fortschritt gebracht habe. Was bisher erreicht wurde, sei **lediglich ein erster Schritt.** Der Minister erinnerte daran, daß die Ausgewiesenen wieder in ihre Heimat zurückkehren dürften und erklärte, wenn auch der Innenminister und Vizekanzler Dr. Jarres zu den Wenigen gehöre, die bisher nicht zurückkehren durften, so sei das die beste Rechtfertigung für ihn gegenüber den infamen Angriffen, die von der demokratischen Presse gegen ihn gerichtet wurden. Stresemann rechtfertigte die Haltung der Deutschen Volkspartei bei ihren Verhandlungen mit den Deutschnationalen. Der Außenminister habe nicht an die Auflösung zu denken gehabt, sondern an das Zustandekommen der Gutachtengesetze. Schließlich habe doch nicht die Außenpolitik der Deutschnationalen mit dem Kampf gegen die Gutachtengesetze gesiegt, sondern die Deutschnationalen hätten sich zur Außenpolitik der Volkspartei bekennen müssen. **Es dürfe keine prinzipielle Oppositionspartei in Deutschland geben.** Jede Partei müsse einmal zeigen, was sie für den Staat leisten könne. Man könne es nicht als objektive Kritik bezeichnen, wenn die Demokraten jetzt den volksparteilichen Führer als Rechtsanhänger bezeichnen, über ihre eigenen Vertrauensmänner Gehler und Hamm, die auch für die Rechtserweiterung waren, aber schweigen.

„Es gibt noch Kandelaber!"

Ebert jr. an Rechtsgesinnte.

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 27. Nov. Der Sohn des Reichspräsidenten Ebert, der sich vor der großen Karriere seines Vaters mit sehr negativem Erfolg in verschiedenen bürgerlichen Berufen zu betätigen versuchte, sich nach dem November aber, soweit das die beschränkten Kräfte erlaubten, in den Dienst der väterlichen Republik stellte, hat jetzt wieder einmal durch eine Tat seines Mundes von sich reden gemacht. In der Nähe von Crossen in der Mark fand unlängst eine sozialdemokratische Versammlung mit Ebert jun. als Redner statt. Die Versammlung nahm einen für ihn wenig bekömmlichen Verlauf, weil die recht zahlreich erschienenen Zuhörer in der überwiegenden Zahl aus rechts-gesinnten Bauernkreisen stammten, die Ebert jun. mit seinen Erzählungen trotz seiner hohen Abkunft nicht allzu sehr ernst nahmen und ihn das auch sehr deutlich merken ließen, zumal in der Aussprache, in der von rechtsstehender Seite sehr nachdrücklich mit Ebert abgerechnet wurde. Das ergrimmte diesen, und in seinem Schlußwort fiel er stärker aus der Rolle, als es seinem Vater lieb sein mag. Er mußte sich den Kritikern von rechts gegenüber nicht anders zu helfen, als daß er ihnen entgegenrief: **„Sie von der Rechten sind ja doch nur durch die von uns bewiesene Toleranz noch in der Lage, so aufzutreten. Ich mache Sie aber darauf aufmerksam: Es gibt noch Kandelaber!"**

Wollte irgendein anders gesinnter Mensch in Deutschland von den Leuten, die man allgemein als Novemberverbrecher bezeichnet, in ähnlichen Tönen reden, so würde man alsbald über diesen „Mordhetzer" zetern und die Paragraphen des republikanischen Schutzgesetzes gegen ihn in Bewegung setzen. Bei Ebert jun. darf man aber wohl annehmen, daß er mit den Leuten, die mit dem republikanischen Schutzgesetz in Konflikt kommen können, nichts zu tun hat. Zu wünschen wäre nur, daß Herr Ebert sen. an seinem Sprößling noch einige Erziehungsarbeit leistet, ehe er ihn auf die Politik losläßt.

Die sächsische Industrie zu den Reichstagswahlen.

Zu den bevorstehenden Reichstagswahlen hat der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller in einer am 25. November abgehaltenen Sitzung die Veröffentlichung nachstehender Kundgebung beschlossen:

Die Auflösung des erst am 4. Mai d. J. gewählten Reichstages hat die Erledigung der dringendsten gesetzgeberischen Aufgaben auf dem Gebiete der allgemeinen Wirtschafts-, Steuer-, Handels- und Sozialpolitik, an deren baldiger Lösung das im Kampfe um sein Dasein ringende Wirtschaftsleben ein großes Interesse hat, wiederum hinausgeschoben. Mit Sorge fragen sich die wirtschaftlichen Kreise, ob der neue Reichstag diejenige Grundlage schaffen wird, die für die sachgemäße Behandlung bedeutsamer wirtschaftlicher Aufgaben und damit für das ganze Volk unbedingtes Erfordernis ist. Seit Jahren befindet sich das politische Leben Deutschlands in schwerer Krisis, weil die Parteizerklüftung in Volk und Reichstag tragfähige Mehrheiten, welche alle zum Wiederaufbau wirklich bereiten Kräfte des Volkes umfassen, nicht hat zustande kommen lassen. Millionenverluste sind für die Volkswirtschaft dadurch entstanden, daß durch politische Wirren, durch Parteigezänk und dem Vorwiegen von Parteiinteressen kein Mo[illegible] Arbeitsfähigkeit bei [illegible]. Es kann dem deutschen Volke gar nicht nachdrücklich genug vorgehalten werden, daß unter dem starken Druck der gegenwärtigen Verhältnisse wirtschaftlicher Aufbau nur dann möglich ist, wenn unter Zurückstellung von parteipolitischem Egoismus und engherziger Sonderinteressen die großen Ziele der äußeren und inneren Politik in den Vordergrund gerückt werden und die Arbeit des Parlaments in erster Linie auf die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben abgestellt wird. Diese Lösung wirtschaftlicher Fragen erfordert aber eine Einstellung der leitenden Stellen auf lange Sicht. Noch immer fehlen aber die einfachen und klaren, gesunden und sicheren Grundlagen auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozial-, der Handels- und Steuerpolitik, ohne die die Wirtschaft nicht arbeiten kann. Gehemmt von zahlreichen bureaukratischen Fesseln, unter dem Druck einer übermäßigen Steuer- und Abgabenlast, die den Aufschwung der Produktion hemmt und wirksamen Preisabbau verhindert, ohne ein klares, fertiges Programm der gesetzgebenden Faktoren für die Steigerung der Leistungsfähigkeit und für die zielbewußte Förderung des für uns so notwendigen Exportes, schleppt sich die Wirtschaft heute nur mühsam fort, ist der Unternehmungsgeist durch die Unsicherheit der Zukunft, durch die Unklarheit über Ziele und Absichten der Regierung in wirtschaftlicher Hinsicht gehemmt.

Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller hält es aus genauer Kenntnis der Schwierigkeiten der Lage und der großen Hindernisse, die dem Wiederaufbau entgegenstehen, für seine Pflicht, in der Oeffentlichkeit mit allem Nachdruck auszusprechen, eine wie tiefgehende Bedeutung den gegenwärtigen Reichstagswahlen darin zukommt, daß aus ihnen ein Reichstag hervorgeht, der die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gegenwart klar erkennt und danach handelt. Der fortgesetzte Fieberzustand, wie er sich aus der dauernden politischen Krise entwickelt, ist der Todfeind jedes wirtschaftlichen Wiederaufbaues. Darum muß die Parole bei den bevorstehenden Wahlen sein:

Keine Wahlmüdigkeit, keine unsinnige Wahlzersplitterung und ein Reichstag, der wirkliche wirtschaftliche Aufbauarbeit leisten will!!!

Wahlkampfexzesse in Krefeld.

Belgische Gendarmerie greift ein.

Krefeld, 26. Nov. Als gestern abend die sozialdemokratische Partei hier eine Wahlversammlung abhielt, drang eine große Sprengkolonne Arbeitsloser und Syndikalisten unter Führung der aus der Separatistenzeit bekannten Alfers und Wallraf in den Saal und besetzte das Podium. Es kam darauf zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen anwesenden Reichsbannerleuten und den Eindringlingen und zu einer wüsten Schlägerei, wobei u. a. die Abgeordneten Thabor und Laverrenz sowie der Redakteur der sozialdemokratischen „Volkstribüne" Ojel verletzt wurden. Schließlich wurden die Eindringlinge vom Podium entfernt. Als dann Landtagsabgeordneter Meyer-Solingen zu sprechen begann, drang an der Spitze einer von Wallraf geführten Kolonne belgische Gendarmerie in den Saal ein und untersuchte die anwesenden Abgeordneten und Reichsbannerleute nach Waffen. Der Abg. Thabor forderte kraft seines Hausrechtes die anwesenden Syndikalisten und Separatisten auf, den Saal zu verlassen, worauf es zu einem neuen Tumult kam, so daß die Versammlung geschlossen wurde. Die Räumung des Saales erfolgte unter Aufsicht der belgischen Beamten in Ruhe. Die sozialdemokratische Partei hat heute Protest an das Auswärtige Amt in Berlin, an den belgischen Sozialistenführer Vandervelde und an den französischen Ministerpräsidenten Herriot gerichtet.

England hofft auf Beilegung der ägyptischen Krise.

Englische Meldungen über die Lage in Aegypten.

(Durch Funkspruch.)

London, 27. Nov. Die Blätter melden übereinstimmend, daß die Nachrichten aus Aegypten nach wie vor befriedigend lauten. Die Bestrebungen des neuen Ministerpräsidenten Zirwar-Pascha, Sicherheit und Frieden herbeizuführen, würden die Unterstützung der britischen Regierung erhalten. Der parlamentarische Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet: **Der Ministerwechsel habe für die nächste Zeit eine entschiedene Besserung gebracht.** Man glaube, daß die Wiederherstellung normaler Zustände nicht lange auf sich warten lassen werde. Die Minister seien der Ansicht, daß die Krise vorübergehen und daß es, wenn es zu keinem neuen Zwischenfall komme, unnötig sein würde, neue Maßnahmen, wie die Erklärung des Belagerungszustandes, zu beschließen. Der Korrespondent des „Daily Telegraph" in Kairo meldet: Aegyptische Kreise hofften, daß die britische Regierung die Aufgabe des Premierministers durch Abänderung ihrer Forderungen erleichtern werde. Der Ton, den das neue Kabinett gewählt habe, sei entschieden versöhnlich.

•

London, 27. Nov. „Daily News" betont, daß die unfreundliche Kritik in der französischen Presse von denselben Blättern ausgehe, die schon während der Friedenskonferenz und während der Ruhrkrise stets bemüht gewesen seien, den meisten britischen Aktionen niedrige Beweggründe unterzuschieben. **Es könnte klar und deutlich gesagt werden, daß Herriot und seine Regierung keinen Anteil hieran hätten.**

Das Parlament in Aegypten vertagt.

Kairo, 25. November. Im ägyptischen Parlament verlas der Präsident ein königliches Dekret, durch das beide Häuser für einen Monat vertagt werden. Die Mitglieder gingen in Ruhe auseinander. In Kairo herrscht vollkommene Ruhe. Zaglul Pascha hat sich nach seinem Landhaus zurückgezogen.

Optimismus des ägyptischen Premierministers.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten.")

Paris, 27. Nov. Der Sonderberichterstatter des „Matin" hatte eine Unterredung mit dem neuen ägyptischen Premierminister Zirwar-Pascha, der u. a. erklärte: Die Vertagung des Parlaments sei unbedingt notwendig gewesen, weil seine Mitarbeit bei der Lösung der Krise nur unsicher wäre. **Die englische Regierung scheine geneigt zu sein, Aegypten gewisse Milderungen anzugestehen,** und der Ministerpräsident sei fest entschlossen, unbarmherzig Unruhen und Kundgebungen zu unterdrücken. Das Heil des Vaterlandes verlange es, und die Polizei und die ägyptische Armee verstünden das nur zu gut.

Einer der Mörder des Sirdar erkannt.

London, 27. November. Die „Times" meldet aus Kairo, der bei dem Attentat auf den Sirdar verwundete Polizist habe in einem der Verhafteten einen der Mörder erkannt.

Truppen- und Flottenschau in Alexandrien.

Rotterdam, 27. November. Die „Morningpost" meldet die Abreise mehrerer Mitglieder der Admiralität nach Alexandrien. In Alexandrien wird eine Truppen- und Flottenschau über die englischen Land- und Seestreitkräfte stattfinden. Die „Times" melden neue Verhaftungen von Mitgliedern des Geheimbundes „Weiße Fahne" und der sudanesischen Regierung.

Englische Liberale gegen die Führung Lloyd Georges.

London, 27. Nov. Nach einer Meldung des „Daily Expreß" haben gestern auf einer Versammlung liberaler Parlamentsmitglieder mehrere von ihnen, darunter Wedgewood, Benn, Kennworthy und Morris, erklärt, daß sie sich nicht der Führung Lloyd Georges im Unterhause unterstellen würden.

SLUB
Wir führen Wissen.